

Für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger

Zwischenbilanz zu den Forderungen der regionalen Sicherheitskonferenz 2017

Am 03. Februar 2017 haben wir als Mandatsträger der CSU in der Region 10 mit Vertretern der Polizei und dem Bayerischen Staatsminister des Innern die Sicherheitslage in unserer Region erörtert. Gemeinsam haben wir uns auf Maßnahmen in zehn Bereichen verständigt. Seitdem ist viel erreicht worden und wir können heute, zweieinhalb Jahre später, eine positive Zwischenbilanz ziehen.

Durch die große Unterstützung des Bayerischen Landtags ist die **Anzahl der Polizeistellen** in Bayern auf über 42.000 angewachsen, auch der Haushalt 2019 mit einem Volumen von 554,6 Millionen Euro liegt auf einem historischen Rekordhoch. Wir begrüßen die Entwicklung ausdrücklich und bedanken uns bei allen Verantwortlichen für diese Weichenstellung.

Um die hohen Einstellungszahlen der Polizei in der Ausbildung bewältigen zu können, wurde die Zahl der Ausbildungskapazitäten bei der **Bereitschaftspolizei**, unter anderem auch in Eichstätt, angehoben. Sollte die Zahl der Einstellungen mittelfristig wieder sinken, bitten wir darauf zu achten, dass diese Kapazitäten nur in dem Umfang wieder abgebaut werden, dass auf eine Veränderung der Sicherheitslage jederzeit flexibel mit erhöhten Einstellungszahlen reagiert werden kann. Für das unterstützende Personal aus anderen Verbänden der Bayerischen Polizei müssen sozialverträgliche Lösungen gefunden werden, die eine zwangsweise Rückversetzung in die alte Verwendung vermeiden.

Die **Sicherheitslage** innerhalb des PP Oberbayern Nord, und somit auch in der Region Ingolstadt, ist gut. Trotz eines Bevölkerungswachstums von rund 9.300 Einwohnern in der Region 10 zwischen 31.12.2015 und 31.12.2017 ist die Anzahl der Straftaten ohne Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz vergleichsweise auf dem Niveau des Jahres 2010. Dank der kontinuierlich hervorragenden Arbeit unserer Polizei ist die Kriminalitätsbelastung gemessen an der Häufigkeitszahl die zweitniedrigste in Bayern.

In drei Bereichen erfüllt uns aber die Entwicklung mit großer Sorge.

Erstens: Die **durch Zuwanderer verübte Kriminalität** steigt weiter an. Der Anteil der in Ankerzentren untergebrachten Flüchtlinge ist im bayernweiten Vergleich in Oberbayern Nord überproportional hoch. Die Region Ingolstadt trägt dabei mit dem Ankerzentrum in Manching und den vier Dependancen im Stadtbereich Ingolstadt die Hauptlast. Die Polizeiinspektion Ingolstadt hat für diese Aufgabe im Jahr 2017 20 zusätzliche Stellen bekommen. Angesichts der Entwicklung ist diese Stellenmehrung ein erster wichtiger Schritt, dem insgesamt eine weitere Personalmehrung folgen muss.

Zweitens: Im Bereich des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord befinden sich mit Erding, am Flughafen München und in Eichstätt alle derzeitigen bayerischen **Abschiebehaftanstalten**. Alleine im Bereich Eichstätt fiel dafür im Jahr 2018 eine Vielzahl an Einsatzstunden an. Diese Leistung konnte nur durch das Verschieben von Personalkapazitäten innerhalb des

Präsidiumsbereichs sowie durch den temporären Einsatz von Unterstützungskräften der Bayerischen Bereitschaftspolizei erbracht werden. Die Bundespolizei erfüllt zwar die ihr zugewiesenen Aufgaben, ist darüber hinaus aber keine Entlastung für die örtlichen Polizeikräfte. Wir erwarten, dass dieser Belastung auch bei zukünftigen Personalzuteilungen Rechnung getragen wird.

Drittens: Die **Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte** ist in der Region Ingolstadt inakzeptabel hoch. Wir begrüßen daher sehr die verstärkte Ausrüstung der Polizei mit Bodycams. Dies alleine wird dieses gesellschaftliche Problem aber nicht lösen. Wir sehen uns als Mandatsträger deswegen auch in der Pflicht, in unseren jeweiligen Verantwortungsbereichen darauf hinzuwirken, dass der Respekt vor Polizei und Rettungskräften nachhaltig gestärkt wird.

Zwischenbilanz unserer Forderung aus dem Jahr 2017:

- 1. Forderung 2017 : Erhöhung der Polizeipräsenz in der Region.**
Status 2019 : Noch keine Entscheidung getroffen

Durch die Entscheidungen des Bayerischen Landtags der letzten Jahre wächst die Zahl der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Bayern um 2.000 bis zum Jahr 2020 und um weitere 1500 Polizeibeamtinnen und -beamte bis zum Jahr 2023. Die neu eingestellten Kräfte befinden sich zum großen Teil noch in der Ausbildung. Eine Verteilung auf die Präsidien ist noch nicht erfolgt. Im Jahr 2017 haben wir daraus eine Zuweisung von zusätzlich 350 Sollstellen für das Polizeipräsidium Oberbayern Nord gefordert, die als Grundlage neben der normalen Personalzuteilung verfügt werden müssen. Wir wollen damit eine mit anderen Flächenpräsidien vergleichbare Anzahl von Polizeibeamten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl erreichen. Wir halten an dieser Forderung fest. Da die Region Ingolstadt, aber auch die übrigen Landkreise im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord ungebremst wachsen, halten wir die Forderung nach überproportionalen Zuteilungen für maßvoll.

- 2. Forderung 2017 : Einhaltung der Zusagen im Zusammenhang mit der ARE I.**
Status 2019 : Erfüllt

Die 2017 zugesagten zwanzig Stellen wurden realisiert. Die Einsatzbelastung in der jetzigen Anker-Einrichtung ist jedoch seither weiter gestiegen. Von daher ist die Zuteilung von zwanzig Stellen nicht ausreichend und unterstreicht unsere Forderung nach einer überproportionalen Personalzuteilung.

3. Forderung 2017 : Anpassung der Organisationsstruktur der Kriminalpolizeiinspektion Ingolstadt:

Status 2019 : Erfüllt

Die KPI Ingolstadt sollte strukturell und personell den vergleichbaren Inspektionen in Regensburg und Würzburg angepasst werden. Diese Zusage wurde hinsichtlich der strukturellen Anpassung eingehalten. Personell bedarf die Kriminalpolizeiinspektion Ingolstadt jedoch einer deutlichen Verstärkung, um eine Angleichung der Personalstärken in Regensburg und Würzburg zu erreichen.

4. Forderung 2017 : Keine Inbetriebnahme der Abschiebehaftanstalt in Eichstätt ohne zusätzliches Personal.

Status 2019 : Nicht erfüllt

Die Justizvollzugsanstalt in Eichstätt wurde im Laufe des Jahres 2017 in eine zentrale Abschiebehaftanstalt umgewandelt. Der dadurch entstandene Mehrbedarf an Personal wurde in erster Linie durch Personalverschiebungen innerhalb des Präsidiums gedeckt. Die Belastung durch die Abschiebehaftanstalten ist ein Alleinstellungsmerkmal des PP Oberbayern Nord. Innerhalb des PP Oberbayern Nord ist die Abschiebehaftanstalt in Eichstätt wiederum die größte, was unsere Forderung nach einer überproportionalen Personalzuteilung unterstreicht.

5. Forderung 2017 : Dauerhafte Präsenz der Bundespolizei zur Betreuung von Abschiebehäftlingen.

Status 2019 : Erfüllt

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Abschiebehaftanstalt hat die Bundespolizei eine dauerhafte Präsenz in Eichstätt eingerichtet. Die zusätzliche Belastung der örtlichen Polizei wurde dadurch jedoch nicht aufgefangen.

6. Forderung 2017 : Regionale Unterstützung durch die Bereitschaftspolizei Eichstätt.

Status 2019 : Erfüllt

Im Jahr 2017 wurde eine Einsatzhundertschaft mit zunächst zwei Einsatzzügen eingerichtet. Die regionalen Polizeidienststellen begrüßen die Unterstützung durch die Bereitschaftspolizei. Wir fordern weiterhin, diese Hundertschaft zeitnah auf ihre volle Stärke von drei Zügen aufzubauen.

**7. Forderung 2017 : Kein Abbau von privaten Sicherheitsdiensten in
Asylbewerberunterkünften.**

Status 2019 : Erfüllt

Die Zahl der Einsätze in Asylbewerberunterkünften hat sich seit 2017 nicht reduziert. Wir begrüßen ausdrücklich, dass vor diesem Hintergrund die privaten Sicherheitsdienste vor Ort verstärkt wurden.

8. Forderung 2017 : Gezielter Einsatz von Videoüberwachung.

Status 2019 : Erfüllt

Die Stadt Ingolstadt hat mit gezielter Videoüberwachung in den Bereichen des Viktualienmarktes, des Zentralen Omnibusbahnhofs, in Teilen der Fahrzeuge der INVG sowie während der Volksfeste auf dem Festgelände sehr gute Erfahrungen gemacht. Durch den Einsatz von Videoüberwachungsanlagen konnten im vergangenen Jahr beachtliche polizeiliche Erfolge und Festnahmen realisiert und gleichzeitig das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gestärkt werden. Eine Ausweitung der Videoüberwachung auf andere Brennpunkte in der Region 10 ist zu prüfen.

9. Forderung 2017 : Ausbau der Sicherheitswacht.

Status 2019 : Erfüllt

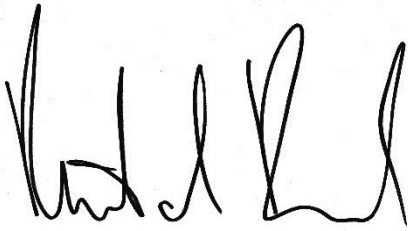
Die Erfahrungen der Stadt Ingolstadt und der angrenzenden Gemeinden mit der Sicherheitswacht sind durchweg positiv. Im vergangenen Jahr haben auch die Städte Neuburg, Schrobenhausen und Geisenfeld sowie die Märkte Wolnzach und Reichertshofen eine Sicherheitswacht eingerichtet. Dieses wirksame Instrument zur Optimierung des subjektiven Sicherheitsempfindens soll auf weitere Städte und Gemeinden ausgeweitet werden.

**10. Forderung 2017 : Erhöhung der Reaktionsgeschwindigkeit der Polizei im ländlichen
Raum.**

Status 2019 : Teilweise erfüllt

Durch technische Vorkehrungen muss auch ein zweites einsatzbedingtes Verlassen einer kleinen Dienststelle ermöglicht werden, so dass diese nicht rund um die Uhr mit Beamten besetzt ist. Dies vereinfacht die Reaktionszeit der Polizei bei entsprechender Einsatzlage und erhöht zugleich die Präsenz auf der Straße. Bei einem derzeit laufenden Pilotprojekt bei der PI Geisenfeld wurden bisher positive Erfahrungen gesammelt. Wir regen an, in weiteren kleinen Dienststellen die technischen Voraussetzungen für eine kurzzeitige taktische Schließung bei entsprechender Einsatzlage zu ermöglichen.

Lenting, den 22. Juli 2019

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Brandl', written in a cursive style.

Dr. Reinhard Brandl MdB
Vorsitzender der Regionalkonferenz

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Grob', written in a cursive style.

Alfred Grob, MdL
CSU-Kreisvorsitzender (Ingolstadt)

sowie die weiteren Mitglieder der Regionalkonferenz

- Matthias Enghuber MdL, CSU-Kreisvorsitzender (Neuburg-Schrobenhausen)
- Tanja Schorer-Dremel MdL, CSU-Kreisvorsitzende (Eichstätt)
- Karl Straub MdL, CSU-Kreisvorsitzender (Pfaffenhofen)
- Eugen Freiherr von Redwitz, Vorsitzender der Bundeswahlkreiskonferenz
- Erich Irlstorfer MdB für Freising
- Fabian Flössler, Bezirksrat für den Landkreis Pfaffenhofen
- Reinhard Eichiner, Bezirksrat für den Landkreis Eichstätt
- Dr. Michael Kern, Bezirksrat für Ingolstadt
- Martina Baur, Bezirksrätin für den Landkreis Neuburg-Schrobenhausen
- Anton Knapp, Landrat von Eichstätt
- Dr. Bernhard Gmehling, Oberbürgermeister von Neuburg an der Donau
- Dr. Christian Lösel, Oberbürgermeister von Ingolstadt